

VERLORENE JAHRE FÜR HESSENS SCHULEN

**Sehr geehrte Lehrerinnen und Lehrer,
sehr geehrte Eltern,
liebe Schülerinnen und Schüler,**



in diesen Tagen ist die Hälfte der Wahlperiode des Hessischen Landtags und damit der Amtszeit von Kultusministerin Henzler bereits um. Ich möchte Sie mit diesem Artikel einladen, gemeinsam mit mir über folgende Fragen nachzudenken: Was hat sich eigentlich in den vergangenen 2 ½ Jahren an den Rahmenbedingungen, unter denen unsere Schulen arbeiten, wirklich ver-

bessert? Wurden unsere Schulen in die Lage versetzt, wirklich alle Schülerinnen und Schüler besser individuell fördern zu können? Steht unser Bildungssystem ein Jahrzehnt nach dem PISA-Schock wirklich dort, wo es stehen müsste? Ich denke, viele von Ihnen werden diese Fragen wie ich auch mit einem klaren Nein beantworten. Und das liegt nicht



am mangelnden Engagement vor Ort an unseren Schulen.

VIELEN DANK

Ganz im Gegenteil: Hier wird von den Schulgemeinden jeden Tag unter teilweise widrigen Umständen Hervorragendes geleistet. Dafür möchte ich mich auch im Namen der gesamten Fraktion ganz herzlich bei Ihnen bedanken.

Mit großen Versprechungen ist die FDP-Kultusministerin im Jahr 2009 gestartet. Viel geblieben ist davon leider nicht. Mittlerweile hat Frau Henzler sogar begonnen, im Bildungsbereich zu kürzen.

Fortsetzung S. 2

FÜR EINE SINNVOLLE REFORM DER BILDUNGSVERWALTUNG Kommunalisierung statt Zentralisierung – Unterstützung aus einer Hand

Seit Monaten verunsichern immer neue Pläne des Kultusministeriums zur Zukunft der Staatlichen Schulämter alle Beteiligten. Mal sollte die Zahl der Ämter von 15 auf 6 reduziert werden, dann wieder nicht. Mittlerweile hat die Ministerin erklärt, dass es bei 15 Standorten bleiben solle, diese aber intern reformiert würden. Was immer das bedeuten mag. Die Bedürfnisse der Schulen scheinen bei all diesen Überlegungen keine große Rolle zu spielen. Für uns GRÜNE muss eine Reform der Bildungsverwaltung aber tatsächliche Verbesserungen für die Schulen bringen und darf nicht wie bei Kultusministerin Henzler mit dem Rotstift gedacht werden.

Wir wollen die Strukturen einfacher und effektiver gestalten und den Schulen eine bessere Unterstützung vor Ort anbieten. Unser Vorschlag sieht daher eine weitgehende Zusammenführung der Aufgaben von Staatlichem und kom-

munalem Schulamt sowie eine bessere Orientierung an den Bedürfnissen der einzelnen Schulen vor. Das Leitprinzip unseres Vorschlags ist hierbei Kommunalisierung statt Zentralisierung.

SCHNELLE UNBÜROKRATISCHE HILFE ERMÖGLICHEN

Die bisherigen Aufgaben der Staatlichen Schulämter sollen verbunden mit den dafür notwendigen Mitteln weitgehend auf die vorhandenen kommunalen Schulämter übergehen. Damit schaffen wir endlich einen Ansprechpartner und ein Unterstützungssystem aus einer Hand. Die leidigen Zuständigkeitsfragen und das Hin- und Herschieben von Verantwortung zwischen zwei Ämtern und Ebenen hätte somit ein Ende. Gerade stärker selbständig arbeitende Schulen sind darauf angewiesen, dass ihnen schnell, unbürokratisch und mit Kenntnis der Lage vor Ort weitergeholfen werden

kann. Von den bisherigen Aufgaben der Staatlichen Schulämter blieben nur noch die Lehrerzuweisung und die Ergebniskontrolle der Schule in der Zuständigkeit des Landes.

Unser Vorschlag ist auch eine wichtige Voraussetzung, um die Schulbudgets von Land und Kommune zusammenführen zu können. Die Finanzmittel können von nur noch einer Stelle verwaltet werden und die Schulen bekämen eine Servicestelle, die sich um die Verwaltung beider Budgets kümmert. Durch die gemeinsame Zuständigkeit kann auch die Zusammenarbeit zwischen Schule und der Kinder- und Jugendhilfe, die Einbindung von Schulen in ihr Lebensumfeld, die Vernetzung mit außerschulischen Bildungsangeboten sowie die Übergänge zwischen Kita, Schule und Beruf verbessert und vereinfacht werden.



Fortsetzung von S. 1

Weiterhin warten die Schulen auf die versprochene 105-prozentige Lehrerversorgung, weiterhin geht der versprochene Ausbau von echten Ganztagschulen nur im Schnecken tempo voran und weiterhin steht die versprochene landesweite Unterstützung der Schulsozialarbeit in den Sternen. Auf der Habenseite stehen – das soll nicht verschwiegen werden – eine relativ stabile Lehrerversorgung und die Senkung der Klassengrößen. Letzteres wurde allerdings bereits unter Kultusminister Banzer auf den Weg gebracht.

IDEOLOGIE DER MINISTERIN

Auch das neue Schulgesetz ist eine herbe Enttäuschung für alle, die von Ministerin Henzler einen Aufbruch für Hessens Schulen erwartet hatten. Während andere Bundesländer – übrigens auch

unter Führung von CDU-Ministerpräsidenten – längst ihr Schulsystem weiterentwickeln, verharrt die hessische Landesregierung in den Ideologien vergangener Tage (siehe Artikel unten). Auch eine angemessene Umsetzung der Vorgaben der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen ist ausgeblieben. Die Regelungen im Gesetz werden absehbar zu Klagen von Eltern und viel Bürokratie führen.

PROBLEM BÜROKRATIE

Bürokratie und immer mehr Verwaltungsaufgaben sind generell weiterhin ein großes Problem für die Arbeit unserer Schulen. Statt sich auf die pädagogische Arbeit konzentrieren zu können, werden Lehrerinnen und Lehrer immer mehr zur verlängerten Werkbank der Kultusbürokratie. Selbst die im Landtag mit breiter Mehrheit getragene Idee der

Selbständigen Schule droht so unter die Räder zu kommen und zur reinen Mangelverwaltung zu werden.

Mein Fazit zur Halbzeit von Frau Henzler: Es waren verlorene Jahre für Hessens Schulen. Die notwendigen Verbesserungen der Rahmenbedingungen sind weitgehend ausgeblieben. Und es steht zu befürchten, dass es die nächsten 2 1/2 Jahre noch so weitergehen wird.

Über einige unsere Alternativen zur Regierungspolitik wollen wir Sie wie zu Beginn jeden Schuljahres mit diesem Schul-Info informieren. Selbstverständlich freuen wir uns über Rückmeldungen, Fragen oder Anregungen. Die gesamte Fraktion und ich wünschen Ihnen einen guten Start in das neue Schuljahr.


Mathias Wagner
Bildungspolitischer Sprecher

FÜR EIN ZWEI-SÄULEN-SCHULMODELL

Gymnasium mit G8 und Neue Schule mit längerem gemeinsamen Lernen und G9

In Deutschland zeichnet sich bundesweit – auch unter CDU-geführten Landesregierungen – eine Entwicklung hin zu einem Zwei-Säulen-Schulmodell ab. In immer mehr Bundesländern gibt es neben dem Gymnasium eine weitere Schulform, die längeres gemeinsames Lernen und alle Abschlüsse anbietet. In Hessen hält die schwarz-gelbe Landesregierung jedoch unbeirrbar an dem strikt gegliederten Schulsystem fest und hat mit der Mittelstufenschule eine weitere Schulform eingeführt, die nicht mehr ist als ein neues Türschild für die von den Eltern nicht mehr akzeptierte Hauptschule.

Offenhalten der Bildungsabschlüsse an der Neuen Schule (siehe Seite 3) mit G9. Viele Eltern können und wollen nicht nach der vierten Klasse entscheiden, auf welche Schulform ihr Kind künftig gehen soll. Sie wollen auch nicht eine



immer kompliziertere Schullandschaft, sondern schlicht die Sicherheit, dass sie mit der Wahl der weiterführenden Schule nichts falsch machen können. Diesem Wunsch vieler Eltern nach einem möglichst langen Offenhalten aller Bildungsabschlüsse und individueller Förderung wollen wir Rechnung tragen. Unseren entsprechenden Änderungsantrag zum Schulgesetz haben CDU und FDP leider abgelehnt.

Durch ein Zwei-Säulen-Modell würde das Schulsystem – auch zwischen den Bundesländern – einfacher und überschaubarer.

SCHULKAMPF BEENDEN

Auch bestünde die Chance, den seit Jahrzehnten in Hessen intensiv geführten Schulkampf endlich zu beenden. Angesichts des demografischen Wandels bieten die Neuen Schulen zudem besser als das gegliederte Schulwesen die Möglichkeit, wohnortnah alle Bildungsabschlüsse anbieten zu können. Dennoch werden wir niemandem diesen Weg von oben vorschreiben. Wir setzen darauf, dass die Neue Schule von unten durch entsprechende Beschlüsse der Schulgemeinden und Schulträger wächst.

WAHLMÖGLICHKEIT SCHAFFEN

Wir GRÜNE wollen auch in Hessen den Weg zu einem Zwei-Säulen-Schulmodell ermöglichen. Eltern sollen eine echte Wahl über das pädagogische Konzept in der Mittelstufe haben: Entweder das Gymnasium mit G8 oder längeres gemeinsames Lernen mit möglichst langem

NEWSLETTER

Regelmäßige Informationen über die Bildungspolitik der Landtagsfraktion erhalten Sie mit unserem Bildungsnewsletter: <http://gruenlink.de/2px>



GUTE BILDUNG VON DER KITA BIS ZUR HOCHSCHULE

Wofür die GRÜNEN in der Bildungspolitik stehen

Unsere Schulen brauchen wieder Luft zum Atmen, für kreative pädagogische Konzepte und individuelle Förderung. Daher muss die Lehrerversorgung auf 105 Prozent erhöht werden.

GUTE BILDUNG VON ANFANG AN

Um die Arbeit in den Kindergärten qualitativ noch weiter zu verbessern und die vorschulische Bildung zu stärken, wollen wir die Kindergärten zu Bildungsgärten weiterentwickeln. Darüber hinaus wollen wir den Übergang von Kindergarten zur Grundschule verbessern und schrittweise den flexiblen Schulanfang an allen Grundschulen ermöglichen.

GANZTAGSANGEBOT AUSBAUEN

Viele Schulen wollen ihr Ganztagsangebot ausweiten, um so mehr Zeit zum Lernen, für individuelle Förderung und eine andere Verteilung des Unterrichts über den Tag zu haben. Wir setzen uns dafür ein, dass hierfür die Voraussetzungen geschaffen und auch mehr echte Ganztagschulen geschaffen und nicht vorwiegend die pädagogische Mittagsbetreuung gefördert wird.

MEHR SELBSTSTÄNDIGKEIT

Wir wollen unsere Schulen von zentralistischen Vorgaben befreien. Sie brauchen mehr Eigenständigkeit und weitgehende Freiräume, verbunden mit den dafür notwendigen Mitteln und einer Überprüfung der Ergebnisse. Nicht das Kultusministerium in Wiesbaden, sondern die Schulgemeinde vor Ort weiß am besten, was gut für ihre Schule ist.

INKLUSION

Wir wollen, dass der gemeinsame inklusive Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf von der Ausnahme zur Regel wird.

BERUFLICHE BILDUNG STÄRKEN

Das duale Ausbildungssystem wollen wir als tragende Säule der Berufsausbildung beibehalten und die Rolle und Bedeutung der beruflichen Schulen in diesem Kontext weiterentwickeln. Dabei muss die vorrangige Verantwortung der Wirtschaft für genügend Ausbildungsplätze erhalten bleiben. Die Mittel für das Übergangssystem zwischen Schule und Beruf sollen zielgenauer eingesetzt und Warteschleifen vermieden werden.

STUDIENPLÄTZE AUSBAUEN

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass es mehr Studienplätze für motivierte Studierende aus allen Schichten gibt. Nötig sind gute Studienbedingungen und eine gerechte Teilhabe an Bildung ohne Rücksicht auf die finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft und damit eine

große Zugangshürde zu den Hochschulen beseitigt. Jetzt brauchen wir mehr Studierende – damit wir in Zukunft genug kluge Köpfe mit innovativen Ideen haben. Für die angekündigte Erhöhung der Studierendenzahlen brauchen die Hochschulen allerdings eine verlässliche Finanzierung – andernfalls würde die Qualität der Ausbildung leiden.

LEBENSBEGLEITENDES LERNEN

Wir wollen die lebensbegleitende Weiterbildung als gleichberechtigten Teil des öffentlichen Bildungssystems ausbauen. Sie stärkt die Menschen in der Auseinandersetzung mit sich ständig wandelnden gesellschaftlichen Strukturen und beruflichen Anforderungen. Es gilt, Anreize zur Förderung des lebensbegleitenden Lernens zu schaffen.

AUFBRUCH ZUR NEUEN SCHULE

Wir GRÜNEN wollen längeres gemeinsames Lernen bis zum Ende der Mittelstufe. Wir sind überzeugt, dass damit in der Breite, bei den besonders Begabten und bei Schülerinnen und Schülern mit schulischen Schwierigkeiten bessere Ergebnisse als bislang erzielt werden können. Das PISA-Siegerland Finnland macht vor, wie es geht.

Wir GRÜNEN in Hessen werden diesen Weg aber nicht von oben verordnen oder einzelnen Schulen vorschreiben. Schulreformen müssen vielmehr von den Schulgemeinden vor Ort ausgehen und von ihnen getragen werden.

Seit Jahren und Jahrzehnten wird in Hessen die Auseinandersetzung zwischen Befürwortern des gegliederten Schulsystems und Anhängern von längerem gemeinsamem Lernen teilweise ideologisch geführt. Die Frage der praktischen Umsetzbarkeit ist dabei oft in den Hintergrund getreten. Wir GRÜNE haben uns mit unserem Konzept für eine Neue Schule die Mühe gemacht, den Weg zu längerem gemeinsamen Lernen sehr präzise und umsetzbar zu beschreiben.

Im Laufe einer Legislaturperiode, also einem Zeitraum von fünf Jahren, wollen wir es der Hälfte der weiterführenden Schulen auf freiwilliger Basis ermöglichen, sich zu Neuen Schulen weiterzuentwickeln. Diese Neuen Schulen zeichnen sich durch folgende inhaltliche und qualitative Weiterentwicklung des schulischen Angebots aus:

- **Alle Abschlüsse an einer Schule:**
Die „Neuen Schulen“ bieten alle Bildungsabschlüsse der Sekundarstufe I und die allgemeine Hochschulreife (als G9 und nicht G8).
- **Länger gemeinsam lernen:**
In den „Neuen Schulen“ lernen Schülerinnen und Schüler in der Regel gemeinsam bis Klasse 9 bzw. 10.
- **Keine Klasse mit mehr als 25 Schülerinnen und Schülern**
- **Bedarfsgerechtes Ganztagsangebot:**
gemäß der Ausweitung des Ganztagschulprogramms für alle Schulen
- **Individuelle Förderung statt Querversetzung und Sitzen bleiben**
- **Vernetzung von Schule, Jugend- und Sozialarbeit**

MEHR ZUR NEUEN SCHULE

Das komplette Konzept zur Neuen Schule finden Sie auf unserer Webseite:
<http://gruenlink.de/2qn>



HESENS WEG ZU SELBSTÄNDIGEN SCHULEN

Pädagogische Freiheit statt Mangelverwaltung

Durch größtmögliche pädagogische und organisatorische Freiheiten für die einzelne Schule wollen wir Qualitätsverbesserungen im Bildungswesen erreichen. Alle Expertinnen und Experten sind sich einig, dass die Stärkung der Schulen vor Ort zu besseren Bildungsergebnissen führen kann. Mit unserem Konzeptpapier „Hessens Weg zu selbständigen Schulen“ (<http://gruenlink.de/1tj>) haben wir einen umfassenden Vorschlag gemacht, wie sich das Bildungssystem ändern muss, um Schulen optimal auf ihrem Weg zu mehr Selbständigkeit zu fördern. Selbständigkeit ist jedoch kein Selbstzweck, sondern muss zu besserer Qualität und individuellerer Förderung führen.



Wir haben einen Weg zu selbständigen Schulen skizziert

Wir wollen die Schulgemeinden stärken, ihnen vertrauen und ihnen etwas zutrauen. Der Weg zu mehr Selbständigkeit kann nur erfolgreich sein, wenn er freiwillig ist und wenn die Schulen dafür zusätzliche Mittel erhalten, über die sie selbst entscheiden können und damit Neues auf den Weg bringen können. Daher wollen wir die Einführung der selbständigen Schulen zeitgleich mit der versprochenen 105-prozentigen Lehrerversorgung auf den Weg zu bringen. Wer wie Kultusministerin Henzler von selbständiger Schule redet, aber Mangelverwaltung meint, schadet dagegen dem Gedanken der selbständigen Schule.

Die Schulgemeinde ist ausdrücklich aufgefordert, neue pädagogische und unterrichtsorganisatorische Wege zu gehen. Bei der Personalauswahl kann sie durch schulspezifische Ausschreibungen

vom Ranglistenverfahren abweichen und so die für ihre jeweilige Situation passenden Kräfte beschäftigen. Die Entscheidungen über die Besetzung von Funktionsstellen inklusive der Mitglieder der Schulleitung mit Ausnahme der Schulleiterin bzw. des Schulleiters wird ausschließlich von der Schule getroffen. Die Schulleiterin oder der Schulleiter werden im Einvernehmen zwischen dem Land und dem kommunalen Schulträger bestellt.

STAATLICHE VERANTWORTUNG WAHRNEHMEN UND MEHR SELBSTÄNDIGKEIT ERMÖGLICHEN

Damit die einzelne Schule optimal in ihrer Arbeit unterstützt werden kann, muss die Schulverwaltung konsequent auf die selbständigen Schulen ausgerichtet werden. Neben der Rolle der einzelnen Schule soll auch die des kommunalen Schulträgers gestärkt und die Budgets von Land und kommunalen Schulträger zusammengeführt werden. Für die Staatlichen Schulämter bedeutet das, dass sie weitestgehend kommunalisiert werden (siehe Seite 1).

Ein Mehr an Selbständigkeit bedeutet jedoch nicht einen Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung. Das Land bleibt verantwortlich für die Festlegung der Bildungsziele, die angemessene Finanzierung der Schulen, die strukturelle Weiterentwicklung des Schulsystems, die Gewährleistung vergleichbarer Lernbedingungen an allen Schulen sowie die Fach- und Dienstaufsicht. Mit Hilfe von Rückmeldungen aller Schulen soll ein Entbürokratisierungsprogramm auf den

ANSPRECHPARTNER

MATHIAS WAGNER



Parlamentarischer
Geschäftsführer
Sprecher für Bildung

Tel.: 0611/350 746
m.wagner@ltg.hessen.de

MARCUS BOCKLET



Sprecher für frühkindliche Bildung

Tel.: 0611/350 633
m.bocklet@ltg.hessen.de

MARGARETHA HÖLDOBLER-HEUMÜLLER



Sprecherin für Aus- und Weiterbildung

Tel.: 0611/350 748
m.hoelldobler-heumueller@ltg.hessen.de

IMPRESSUM

Herausgeberin
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350 582
E-Mail: gruene@ltg.hessen.de

V.i.S.d.P.
Mathias Wagner
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion & Layout
Till Haupt, Manuel Stock

Fotos
Eigene, pixelio.de

Druck August 2011

Weg gebracht werden. Unnötige Regelungen, die die Schulentwicklung erschweren, sollen nach Möglichkeit aufgehoben werden und es soll aufgezeigt werden, in welchen Bereichen sich die Schulen mehr pädagogische und organisatorische Freiheit wünschen.

INKLUSION VORANBRINGEN

Das neue Schulgesetz verstößt eindeutig gegen die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention. Anstatt endlich die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung in die Regelschulen voranzutreiben, haben CDU und FDP eine Mogelpackung beschlossen. Es bleibt der Ressourcenvorbehalt und de facto wird der Elternwille auch weiter mit Füßen getreten. Wir haben einen Alternativvorschlag mit verbindlichen Umsetzungsschritten und klaren Zielen für ein inklusives Schulsystem vorgelegt: <http://gruenlink.de/2gt>.